Das „Darmstädter Wort“ – Ein Wort des Bruderrates der Ev. Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes 08.08. 1947

Vortrag in Ronsdorf am 18.10.2017

von Pfr. Dr. Jochen Denker

0. Vorbemerkungen

Es gibt offizielle Texte der Kirche, die Aufsehen erregt haben. Kirche ist nicht immer stumm. Sie war es nicht und sie ist es auch heute nicht.
Gewiss wurden die Worte der Kirche vor 70 Jahren deutlicher wahrgenommen als heute. Ihnen wurde mehr Gewicht beigemessen.
Die Säkularisierung der Gesellschaft, einhergehend mit einem Bedeutungsverlust der verfassten Kirchen, hat dazu sicher maßgeblich beigetragen.
Manche vermissen das deutliche Wort der Kirche heute. Das mag zum einen daran liegen, dass man dieses Wort nicht mehr hört, weil man es in einer übervollen Mediengesellschaft wie der unseren *suchen* muss. Das liegt zum anderen aber auch daran, dass ein Wort der Kirche nicht einfach so und inflationär gesprochen werden darf.
Der Bruderrat der Ev. Kirche in Deutschland war im August 1947 der festen Überzeugung, die Stimme in der sich langsam konstituierende Nachkriegsgesellschaft Deutschlands erheben zu müssen, weil innerhalb der Kirche und innerhalb des Deutschen Volkes ein wesentlicher Sachverhalt *unterbelichtet oder gänzlich übersehen wurde.*
Gegen eine sich anbahnende Restauration, die am liebsten die Jahre 1933-1945 einfach übersprungen und vergessen hätte, die ungebrochen an die theologischen Traditionen des 19. Jahrhunderts anknüpfen wollte, mahnt man zur Umkehr, zum Schuldbekenntnis und zu einer Neuausrichtung in Kirche und Gesellschaft.

Ich möchte heute Nachmittag mit Ihnen einen kurzen Blick auf die **Vorgeschichte** des sog. Darmstädter Wortes werfen.
In einem zweiten Schritt nach den **theologischen Wurzeln und politischen Spitzenaussagen** fragen
und in einem dritten nach **Konsequenzen aus den Grundsatzentscheidungen** dieser Erklärung für uns und einige unserer aktuellen Diskussionen heute fragen.

1. Vorgeschichte: Das Dritte Reich, Barmen und die Folgen

Kirche und Gesellschaft lernen wohl – leider – am meist aus Katastrophen.
Für Theologie und Kirche war die Zeit des Dritten Reiches eine Katastrophe im doppelten Sinn.
Zum einen waren ihre Mitglieder als Deutsche an den Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 ebenso beteiligt wie alle Deutschen.
Zum anderen wurde in dieser Zeit ein Grundschaden der Kirchen offenbar, der einigen wachen Geistern schon früher aufgefallen war, der aber der Mehrheit der Christen in Deutschland (einschließlich ihrer „Oberen") verborgen geblieben war – und den man auch nach 1945 nicht wahrhaben und wahrnehmen wollte!

Auf den „Grundschaden" der Kirche und Theologie legte schon im Mai 1934 die **Theologische Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen** den Finger.
Es war die **fehlende Bindung an Jesus Christus in allen Bereichen des Lebens**, die die Kirche anfällig werden ließ für totalitäre Tendenzen innerhalb des Staates.
Man hatte die traditionelle **Verbindung von Thron und Altar** als **Schöpfungsordnung** angesehen und war nicht oder kaum in der Lage, eine kritische Positionen zu politischen Fehlentwicklungen einzunehmen, sobald diese von der Spitze des Staates ausgingen. Die Obrigkeitshörigkeit lähmte sie gerade in den Zeiten, als ihre Stimme (auch politisch!) gefordert war.
Barmen hat darauf hingewiesen, aber selber zunächst keine Erfolgsgeschichte initiiert.
Das hervorragende Bekenntnis blieb letztlich ein ungedeckter Scheck und es blieb Einzelnen überlassen, die Erkenntnisse von Barmen in politische Münze umzusetzen. Martin Niemöller, Helmut Gollwitzer, Dietrich Bonhoeffer, Karl Immer, Joachim Beckmann, Karl Barth, Gustav Heinemann, Hans-Joachim Iwand – um nur einige der bekannteren Namen zu nennen setzten sich für die Umsetzung der Erkenntnisse von Barmen ein. Viele Unbekannte taten dies auch und verloren zum Teil ihre Stellungen oder gar ihr Leben.
Aber *ein wirklicher kirchlicher Widerstand formierte sich nicht*. Dazu blieben die einzelnen Kirchentümer zu unterschiedlich und zu unentschlossen.

Nach der Befreiung Deutschlands im Mai 1945 musste ein Neuanfang gemacht werden. Dem Wiederaufbau Deutschlands und (im Westen) der Demokratisierung eines zerbrochenen Staatswesens ging eine Neubegründung der Evangelischen Kirche parallel.

1945 richtete die Evangelische Kirche in Deutschland eine *Wort an die Ökumene*: Das **„Stuttgarter Schuldbekenntnis"**, in dem die Deutschen Evangelische Kirche bekannte, dass sie zu wenig gegen das Aufkommen und die Auswirkungen des Nationalsozialismus getan habe.

Dabei sprach man im *Komparativ* und bescheinigte sich selber zwar das Richtige gedacht und getan zu haben, aber eben nicht entschieden genug, nicht treu genug, nicht tapfer genug.

Dieses Schuldbekenntnis war aber keine eindeutige Ansage einer Umkehr und konnte auch den Anschein erwecken, als solle es in der Evangelischen Kirche weitergehen wie vor 1933. Der Wunsch war – wie im gesellschaftlichen und politischen – groß, 13 Jahre einfach zu überspringen. Man bescheinigt sich einen *Mangel*, aber gesteht keinen *Grundschaden* und damit radikale Umkehrnotwendigkeit ein.
Mit Blickrichtung *Ökumene* empfahl sich eine Kirche für einen Neuanfang. Man wollte Vertrauen wieder herstellen– aber eben ohne grundlegende Umkehr im Inneren.

Gerade bei denen, die Barmen 1934 mit unterzeichnet hatten, machte sich allerdings eine tiefgreifendere Aufbruchstimmung breit. Es war von mehr zu reden als von fehlendem Mut. Es musste danach gefragt werden: **Was hat die Theologie und Kirche so anfechtbar und schwach gemacht?** Denn es war ja nicht nur fehlender Bekennermut einzelner, sondern die Grundanlage der herrschenden Theologie selber war anfällig gewesen für den Nationalsozialismus.

Das „**Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes**“ von **1947**, das als „Darmstädter Wort“ in die Geschichte eingeht, richtet sich nunmehr *an das deutsche Volk* und findet eine deutlichere und klarere Sprache.
Immer wieder heißt es dort in Anlehnung an Jesaja 53,6: „Wir sind in die Irre gegangen“.
Man mag urteilen: Jetzt kommt endlich ein *politisches* Wort – aber eben *zu spät* und darum als *Schuldbekenntnis*. Aber immerhin, es kommt und es kommt gerade auf und nur wegen der *theologischen* Grundlage.

2. Die theologischen Wurzeln und die politischen Spitzenaussagen des Darmstädter Wortes

Was sind aus Sicht des Darmstädter Wortes die entscheidenden Punkte, die den Irrweg Deutschlands und mit ihm der Kirche verursacht haben?

1. Der Traum „der besonderen deutschen Sendung“ wird angegriffen und Deutschland eingestellt in die Völkerfamilie (*eine Folgerung aus der Erkenntnis der weltumspannenden Versöhnung in Christus*)[1]
   Wie die Kirche sich in die weltumspannende und völkerübergreifende Kirche Jesu Christi einfügt, so soll es auch das deutsche Volk tun.

2. Die politischen Entscheidungen, die Gründung eines Staates nach innen allein auf „eine starke Regierung“ und nach außen allein auf „militärische Machtentfaltung“ zu reduzieren wird als Weg in die Irre bezeichnet (*eine Folgerung aus der Kreuzestheologie, die die Macht Gottes gerade nicht in Stärke und Gewalt, sondern im Dienen und Mit-Leiden erkennt*).[2]

3. Das „Recht auf Revolution“ hatte man bekämpft, weil es die Obrigkeit antastete, aber die Entwicklung zum „totalitären Staat“ hatte man geduldet.[3]
   Man hatte die christliche Freiheit verraten, die es erlaubt und gebietet Lebensformen zu ändern, wo es das Zusammenleben der Menschen erfordert.[4]

---

[1] Damals war es das „deutsche Wesen“ an dem die Welt genesen sollte – wie steht’s heute mit dem „American way of life“

[2] Welche staatsgründenden und -erhaltenden Maßnahmen werden heute getroffen. Worauf konzentriert man sich? Wofür gibt man seine Mittel frei? *Freiheitsrechte* massiv zu beschneiden, um *Sicherheitsgefühl* zu erzeugen ist ein nachvollziehbarer Weg. Aber was ist der Preis. Die Verteidigungslinie auszuweiten und die deutschen Grenzen an den Hindukusch zu verlegen ist nachvollziehbar. Aber welcher Preis wird für das militärische Engagement gezahlt? Und – nach einigen Jahren muss und sollte man das fragen: Welche Erfolge hat man erzielen können?

[3] Was damals im Blick auf die kommunistischen Revolutionen (bes. 1917) gesagt wurde, ist bis heute immer wieder zu prüfen im Blick auf Revolutionen in totalitären Regimen etwa in Afrika, Asien und Lateinamerika. Auf welcher Seite stehen unsere Regierungen und aus welchem Grund? Revolutionen streiten immer gegen geltendes Recht. Keine Revolution ohne Rechtsbrüche und Revolutionen gehen nie ohne „Schuld“ ab. Aber, so die Überzeugung des Darmstädter Wortes, es ist zu prüfen, ob demgegenüber ein „höheres Recht“ zur Geltung gebracht wird. Das ist kein Aufruf zur Revolution, sondern ein Aufruf dazu, das Recht auf eine Revolution nicht *prinzipiell* zu leugnen. Im Kern ist hier auch die Diskussion um das Widerstandsrecht angesprochen.

[4] Die Weimarer Republik war eine große, wenn auch strukturell schwachbrüstige Chance, die nicht nur nicht ergriffen, sondern *gerade von der Kirche* massiv kritisiert wurde. Wie steht es heute mit gesellschaftlichen Veränderungen, denen man sich versperrt, weil sie dem status quo widersprechen?
Nur am Rande. Diese Frage ist nicht nur staatspolitisch, sondern auch *gesellschaftspolitisch* brisant. Sind wir bereit, Lebensformen zu ändern bzw. veränderte Formen zu akzeptieren und zu schützen, die dem Leben dienen, aber vielleicht unserer eigenen Moralvorstellung zuwider-

Konservatismus und Reaktionismus waren die Ratgeber der Kirche in politischen Belangen.
Neben der **Zwei-Reiche-Lehre** des lutherischen Protestantismus bis in die Nachkriegszeit hinein, richtet sich die Kritik vor allem gegen die **Schöpfungsordnungstheologie**, die alle gesellschaftlichen und politischen Veränderung grundsätzlich als Angriff auf Gottes Willen ansah.

4. Das Freund-Feind-Denken wird als Weg in die Irre gekennzeichnet und damit dem auch nach 1945 weiter herrschenden Reden von der „christlichen Front“ gegen den „atheistischen Osten“ ein Ende gemacht. (*Eine Folgerung aus der Erkenntnis, dass Gottes Gnade frei ist und allen Menschen gilt*)[5]

5. Man hat sich gegen den marxistischen Kommunismus einnehmen lassen, weil man die biblische Lehre von der Diesseitigkeit des Menschen nicht hörte und sich stattdessen auf das Jenseits beschränkte. Den Einsatz für menschliche Gerechtigkeit (die mehr ist als personale Diakonie) sah man nicht als primäre Sache der Christenheit und als Wesensäußerung der Kirche.[6]

6. Darum sollte nach dem Darmstädter Wort für den Neuaufbau Deutschlands und auch der deutschen Kirchen **nicht die Parole gelten: „Christentum und abendländische Kultur“, sondern „Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten**.“[7]

7. Die Perspektive soll nicht die der Angst sein, sondern die Freiheit zu der uns Christus befreit. In dieser Freiheit soll sich auch die Kirche und ihre Glieder am Aufbau eines besseren deutschen Staatswesen beteiligen, dass dem *Recht*, der *Wohlfahrt*, dem *inneren Frieden* und *der Versöhnung der Völker* dient.

---

laufen. Die Frage nach Rechtssicherheit für gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften liegt aus meiner Sicht auf dieser Linie.

[5] Was damals im Blick auf „Juden“ und Kommunisten“ zu sagen war, ist heute im Blick auf *Muslime* zu wiederholen. Auch manche Form des *Antiamerikanismus* muss unter dem Aspekt des Feindbildes betrachten werden. Auch differenzierte Feindbilder sind Feindbilder.
Selbstredend haben Feindbilder nicht nur bei *uns* Konjunktur, sondern wir selber sind *Gegenstand* von Feindbildern anderer.

[6] Der vermeintliche Sieg des „Kapitalismus“, der nun in der historisch einmaligen Situation ist, gleichsam konkurrenzlos wüten zu können, stellt ungebrochen vor die Frage nach dem Recht (auch sozialistischer) Alternativen.

[7] Gerade in den Kirchen und christlichen Gemeinschaften macht sich die Parole von der gleichsam naturgesetzlichen Symbiose von Christentum und Abendland breit, die nun wie in einer Wagenburg verteidigt werden soll gegen Säkularisierung und die islamische Welt.

3. Reaktionen af das Darmstädter Wort in Deutschland und der Ökumene

Die *Reaktionen auf das DW* waren sehr unterschiedlich.

Es war ein mutiges und deutliches Wort und traf in einer Zeit, in der sich Deutschland auch politisch neu sortierte, auf viele Kritiker.

- Den einen war es *ein Papier, das das christliche Abendland auflösen wollte* und die Gefahr des atheistischen Kommunismus nicht erkannte.
- Den anderen war es – politisch gesehen – *der Versuch aus der sich anbahnenden Westallianz auszubrechen*.
- *Innerkirchlich* stieß es auf Kritik, weil es als Wort des Bruderrates ein Minderheitenvotum sei, das sich den langwierigen Klärungsprozessen in der Kirche entzogen habe und daher nicht als „Wort der Kirche" gelten könne.
- Der „reformierte Zug", den viele Kritiker im DW entdeckten (obgleich es von hervorragenden Lutheranern wie H.-J. Iwand, E. Wolf, H. Diem, J. Beckmann ... mitverfasst wurde), und der grundsätzlich herrschaftskritische Ton rief den konfessionalistischen Widerstand gegen das DW hervor, der insb. von H.Asmussen und W.Künneth vorgetragen wurde.
  Dass das Darmstädter Wort (ähnlich wie Barmen) innerkirchlich dadurch größte Bedeutung hat, dass es ein Bekenntnis in ökumenischer und überkonfessioneller Weite darstellt, gerät so aus dem Blick.

Die Verfasser des Darmstädter Wortes erhofften sich eine *Reformation der Kirche*, die sich wieder auf das Evangelium und seine Versöhnungsbotschaft besinnt und auf das kommende Reich Gottes ausrichtet und gerade aus diesem Grund neue Wege gehen muss, die auch politische Entscheidungen implizieren.
Der Aufbau Deutschlands, der Weg des deutschen Volkes, so die Überzeugung der Verfasser, musste bereichert werden durch eine umkehrende Kirche.

Das Darmstädter Wort ist ein Schuldbekenntnis, das zugleich den Mut hat Perspektiven aufzuzeigen für einen Neuanfang. Sein Rückblick in die Geschichte dient dem Blick in die Zukunft.

Darum sei auch eine durch und durch positive Reaktion benannt, die (bezeichnenderweise aus der Ökumene kam.
Der amerikanische Theologe Ian Wilson, Mitglied des Stabes des ÖRK schrieb im März 1948 im Kontext der ersten Hauptversammlung des ÖRK 1948 in Amsterdam:
„Ich möchte sagen, dass dieses Wort das bedeutendste ist, das nach Kriegsende in der Kirche in Deutschland herausgegeben wurde ..., dass es eine der wichtigsten Feststellungen ist, die von *irgendeiner* Kirche in den vergangenen Jahren überhaupt getroffen wurde ... Hier hörte und erkannte ich die wirkliche Stimme der B(ekennenden) K(irche) wieder."

Karl Barth schrieb schon im Januar `48: Mit dem Darmstädter Wort hat die Evangelische Kirche in Deutschland „auf einmal einen merkwürdigen Vorsprung vor den Kirchen der ganzen übrigen Welt."

1947 sah man die in erster Linie anstehenden Fragen in drei Themenkreisen:

- **Neuformulierung der theologischen Verhältnisbestimmung von Kirche und Staat** – damit nicht noch einmal eine Schöpfungsordnungstheologie jeden Widerstand unmöglich macht.
- **Aufgabe des Freund-Feind-Denkens und Beendigung des Antikommunismus in Kirche und Gesellschaft**, der ansonsten ungebrochen eine Triebfeder des Nationalsozialismus wie des neuen deutschen Staates wäre.
- **Versöhnung mit den Völkern (im Osten)** weil sich gerade in dieser Richtung die Friedensfrage der Zukunft entscheiden wird.
- **Mitarbeit der Kirche am Aufbau eines demokratischen Rechts- und Sozialstaates in Deutschland** mit Verantwortung für die Welt.

Auch das Darmstädter Wort 1947 sagt leider kein Wort zur Shoa, der Vernichtung jüdischen Lebens in Europa und der Ermordung von Millionen Behinderter, politisch Andersdenkender, Sinti und Roma und Homosexueller.
Im Blick auf die Shoa wird es bis 1950 dauern, bis die Kirche dazu etwas sagt. Theologisch immer noch in den alten antijudaistischen Schuhen stehend. Und es wird letztlich bis 1980 dauern, bis sich eine Synode, (hier die Rheinische) zu einer theologischen Neubesinnung durchringt, die Gott sei's gedankt, heute – zumindest offiziell – evangelisches Gemeingut ist.

Es ist (leider) fast müßig zu fragen, was aus dem mutigen Neuanfang geworden ist.

- Nach 1945 gründet sich eine neue evangelische Kirche in Deutschland, aber sie gründet sich (insb. auf lutherischer Seite)[8] wieder mit konfessionalistischen Tönen
- Die Kirche geht wieder ein enges Bündnis mit dem nun demokratischen Staat ein. Die Diskussion um den Militärseelsorgevertrag zeigt, wie umstritten die Nähe der Kirche zum Staat und dem Militärapparat war.
- Schon in die erste Bundestagswahl 1949 zogen Parteien mit offen antikommunistischen Parolen und nutzten bzw. schürten die Angst vor der „roten Gefahr" aus dem Osten.
- Die Versöhnung mit den Völkern (im Osten) hob erst Ende der 60er Jahre an und die kirchlichen Vorbereitungen zu diesem Prozess wurde begleitet von unflätigen Kommentaren innerhalb der Kirche.

[8] H.J.Iwand hat als Lutheraner (!)vehement gegen die Gründung der VELKD gekämpft, weil er darin die innerevangelische Ökumene massiv gefährdet sah. Konfessionen ohne Konfessionalismus, das war sein Traum. Bis 1973 hat es gedauert, bis sich die Konfessionen voll anerkannt haben. Und im Blick auf die heutige Situation wird man sagen müssen, dass sich die ev. Kirche vom Konfessionalismus offenbar nur so glaubt trennen zu können, indem sie die Konfession selber zu einem Adiaphron, einer Nebensächlichkeit erklärt.

- Es hat lange, sehr lange gedauert, bis die Kirche ein wirklich positives Verhältnis zum demokratischen Staat aufbaute und noch länger (fast bis heute), bis der Staat die Kirche nicht nur als Partner im Rahmen der Subsidiarität, sondern auch in der ihr eigenen Funktion als „Wächterin" anerkannte.

Viele Jahre nach Verabschiedung des Darmstädter Wortes hat es in der Ökumene große Aufnahme gefunden.
1967 sprach die *Vereinigte Kirche Christi in Japan*, die Kyodan, ein „Kriegsschuldbekenntnis". Das japanische Tenno-System hatte ähnlich antikommunistische und totalitäre Züge wie der nationalsozialistische Staat in Deutschland, und die Theologie in Japan hat ihn ähnlich unterstützt bzw. nicht als Thema für die Kirche betrachtet wie die deutsche Kirche. Unter Rückgriff auf die Barmer Theologische Erklärung, die Theologie Karl Barths und das Darmstädter Wort spricht die Japanische Kirche ein Schuldbekenntnis besonders im Blick auf die asiatischen Nachbarländer China und Korea.
In den 80er Jahren waren es gerade die Barmer Theologische Erklärung und ihre Konkretisierung im Darmstädter Wort, die in den Kirchen Südafrikas zum *KAIROS-Papier* geführt haben, dem großen Umkehrruf und Schuldbekenntnis einer weißen Minderheiten Kirche gegenüber der Mitverantwortung am Apartheidsregime.

4. Konsequenzen aus den Grundentscheidungen des Darmstädter Wortes für gesellschaftliche und politische Diskussionen heute

Ich möchte im letzten Punkt nur 3 Aspekte herausgreifen, die uns in der Richtung und Linie des Darmstädter Wortes heute beschäftigen müssen:

a. Christentum und abendländische Kultur – Zwischen Säkularisierung und Gottesbezug in der Verfassung?

Lange gab es und gibt es noch die Diskussion um den sog. Gottesbezug in Verfassungen. Wir haben ihn nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik kurz auch in Deutschland geführt, als Wolfgang Ullmann den Gottesbezug aus der Verfassung streichen lassen wollte.
Im Zuge der Diskussion um die EU-Verfassung kam diese Frage wieder auf.
Viele Europäische Länder haben einen Bezug auf „Gott" in den Präambeln ihrer Verfassung.
Die griechische Verfassung etwa setzt sogar ein mit den Worten: „Im Namen der heiligen, wesensgleichen und unteilbaren Dreifaltigkeit."
Die polnische Verfassung, die in dieser Frage als Vorlage für den Entwurf der EU-Verfassung diente, verweist auf «die Wertvorstellungen derjenigen, die an Gott als Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben» und erwähnt auch diejenigen, die die «universellen Werte aus anderen Quellen ableiten».

Mit dem Gottesbezug in einer Verfassung soll erreicht werden, dass sich die Gesellschaft, die sich ein Normen- und Regelwerk gibt, nicht selber überhöht, also wahrnimmt, „dass sie von Voraussetzungen lebt, die sie selber nicht geschaffen hat" und in ihr „Werte" gelten, die nicht zur Diskussion und dann zur Disposition stehen. Insofern ist ein „Gottesbezug" etwas Positives.
Er macht auch deutlich, dass der Staat ein grundätzlich *positives* Verhältnis zur Religion hat, also Religion und ihre Ausübung bejaht und fördert – soweit sie sich im Rahmen der Verfassung äußert. Eine Verbannung der Religion aus dem öffentlichen Leben wird dabei bewusst verneint!
Das alles ist klug und weise, wie ein Blick nach Frankreich zeigt, dass es hier völlig anders hält und mit religiösen Fanatismus gerade islamistischer Spielart schon seit Jahrzehnten weit mehr Probleme hat als Deutschland.

Doch dann kommt auch ein großen „**Aber**".
Die Debatte um den Gottesbezug in der Verfassung hat nicht nur diesen Hintergrund, sondern es schwingen noch ganz andere Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen mit.
Unter dem Slogan – „Europa muss christlich bleiben" geht es im Kern nicht mehr um den Gottesbezug, *sondern um die Prägekraft einer bestimmten Religion.*
Grundsätzlich muss man sagen: *Ein „Staat" hat keine Religionszugehörigkeit, sondern nur die Menschen innerhalb eines Staates*. Ob Europa „christlich bleibt" (ist es das? war es das?) liegt an den Menschen in Europa! Ganz zu Recht sagt Alt-Bischof Wolfgang Huber: „Wie christlich ein Land ist, liegt an den *Christen* und nicht an der *Rechtsordnung*".[9]

[9] Ich weise in diesem Zusammenhang auf den Einsatz von *Gustav Heinemann* hin, der als bekennender Christ die Strafrechtsreform Ende der 60er Jahre umsetzte und dabei sowohl den sog. *Gotteslästerungsparagraphen* als auch den *Ehebruchparagraphen* abschaffte. – Nicht, weil er der Meinung war: Gotteslästerung sei was Gutes und Ehebruch eine segensreiche Sache. Heinemann kämpfte für die *Grenzen* des menschlichen Rechtes und die religiöse und weltanschauliche Neutralität des Staates.
Dass **Ehebruch** strafrechtlich verfolgt wurde (bzw. prinzipiell werden sollte), galt ihm als staatl. Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Mit der zivilrechtlichen Regelung bei Ehescheidung sollte es sein Bewenden haben.
Was den **Gotteslästerungsparagraphen** betraf, verwies er darauf, dass „Gott sich nicht spotten lasse". Aber sein Urteil und Gericht sei gerade nicht Gegenstand weltlichen Strafrechtes. Soweit Gotteslästerung geeignet ist, denn „öffentlichen Frieden zu stören", sei allerdings auch dieser Meinungsäußerung eine Grenze gesetzt. Dies gelte aber nicht nur als Schutz christlicher Frömmigkeit, sondern ebenso für alle anderen Religionen, Weltanschauungen und Ideologien.
Kirchliche Privilegien wurden unter Heinemann, dem bekennenden Christen abgeschafft – aber nicht zum Schaden des *Auftrags* der Kirche, sondern gerade zur rechten Verhältnisbestimmung von christlichem Glauben und Leben einerseits und staatlicher Rechtsprechung andererseits.

Der Gottesbezug in der Verfassung, so der heimliche oder gar nicht so heimlich Wunsch vieler, soll ein Schutz gegen die Islamisierung Europas bilden (und wurde besonders in Verbindung mit den Beitrittsverhandlungen der Türkei heftig diskutiert.
Kurz: Die Rettung des „Christlichen" erhofft man von staatlicher Macht.

Nicht „Christentum und Abendland" – sondern „Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten" hatte das Darmstädter Wort gesagt.
Mir scheint, dass viele auch innerhalb der Kirchen diesen Ruf nicht hören wollen, obgleich er aktuell ist wie eh und je.
Was man mit „Christentum" in dieser Debatte meint ist ein *Kulturgut* – eines, das ich im Übrigen hoch schätze und verteidige, um nicht missverstanden zu werden!
Es stimmt, das Christentum hat Europa geprägt – auch im Guten. Viele Errungenschaften sind auch dem christlichen Geist entsprungen, und wir sollten uns als Kirchen dafür wahrlich nicht schämen, sondern mit einem gewissen bescheidenen Stolz darauf hinweisen. Aber so grundlegende Werte wie Menschenrechte, das Ruhetagsgebot (übrigens nicht einhergehend mit der Kultpflicht!), Sozialverpflichtung des Eigentums, haben den Weg in die Verfassungen und in die Rechtssprechung aber deshalb geschafft, *weil sie das Zusammenleben der Menschen förderten – aller Menschen*, auch derer, die selber keine Christen sind. Es sind Werte die auch (zweifellos nicht allein und manchmal sogar erst nach langen und heftigen innerchristlichen Debatten) ihre Wurzeln in der christlich geprägten Tradition des Abendlandes haben, aber es sind keine *religiösen* Gesetze, sondern *staatliches Recht*, weil sie dem Zusammenleben aller dienen und Recht, Wohlfahrt, Frieden (um noch mal Worte der Darmstädter Erklärung zu verwenden) befördern.

Und um mit den Vätern des Darmstädter Wortes auch auf die eigene Kirche zu schauen muss man sagen:
Die Zukunft der Kirche legen wir nicht in die Hand eines „christlichen" Europas, in der Hoffnung, staatliche Strukturen könnten das Leben der Kirche erhalten – sondern *Umkehr zu Gott* heißt das Gebot. Und *Hinkehr zum Nächsten* – denn gerade dann wird sich die Botschaft des Evangeliums auch als Segen für das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen erweisen und dieses Zeugnis der Kirche wird nicht ohne Anerkennung sein.
Darum sollte die Kirche sich in der Frage des Gottesbezugs in der Verfassung sehr vorsichtig verhalten. Das positive Anliegen ist zu wahren: Der Staat darf sich nicht selber überhöhen! Aber um dieses Ziel zu erreichen, muss die Kirche

---

Der Versuch Bayerns 1986 das Kriterium der *Störung des öffentlichen Friedens* wieder zu streichen (übrigens im Kontext der Auseinandersetzung um politisches Kabarett) scheiterte ebenso wie der erneute Vorstoß Markus Söders (CSU) 2006.

bedacht darauf sein, dass auch nicht der Funke des Eindrucks entsteht, sie setze sich für den Gottesbezug ein, um *eigene* Vorteile zu erhalten und zu erzielen.

Im Übrigen ist eine Erwähnung „Gottes“ (es sei denn, sie geschieht dezidiert wie in der grch. Verfassung als Rückgriff auf den dreieinigen Gott) theologisch massiv unterbestimmt.
Wir glauben als Christen nicht an „Gott“, sondern an den „Ich bin da“, den Gott *Israels*, den Vater Jesu Christi, den Herrn der Kirche. Der ist auch „Gott“, *unser* Gott. Wer und was Gott ist und was er gebietet, das ist eben dann doch noch nicht wirklich geklärt, wenn man sich auf „eine höhere Macht“, eine „letzte Instanz“ bezieht und letztlich ist das allein das Ziel des Gottesbezugs in den Verfassungen.

b. Jenseitsreligion oder Auftrag und Verheißung für das Leben im Diesseits??
Dass der Glaube immer mit dem Leben zu tun hat ist wahrlich keine neue Erkenntnis.
Dazu braucht man nur die Bibel und dort besonders das Alte Testament zu lesen.
Auch die Reformatoren – Calvin voran – haben das eingeschärft.
Der Einsatz für die Armen war aber auch in Luthers Leben ein wichtiger Akzent.
Immer wieder hat es da Wellenbewegungen gegeben. Mal stand mehr der Glaube und die Frömmigkeit im Vordergrund, mal das soziale Engagement. Getrennt wurde beiden nur zum Schaden der Kirche.
Im 19. Jahrhundert entdeckt die Ev. Kirche die Diakonie und mit ihr die „soziale Frage“ in der Industriegesellschaft neu. Sie hat aber deutliche Mühen, sie in der verfassten Kirche zu beantworten und lagert sie in „Vereine“ aus.
Im Zuge der massiven Veränderung der Arbeitswelt und damit einhergehend einer Verarmung ganzer Schichten, wird die soziale Frage aber deutlich zu einer **politischen**, nicht nur einer diakonischen Frage**.**
Es entstehen **politische Parteien**, die die Frage nach sozialer Gerechtigkeit zum Programm erheben – und dies auch noch dezidiert in Abgrenzung gegen die Kirche.
Damit hat sich die Kirche schwer getan, sehr schwer und es gab Zeiten, in denen man den Eindruck hatte – davon gibt das Darmstädter Wort noch Zeugnis – es käme der Kirche mehr darauf an gegen sozialistische Ideologien und Philosophien zu kämpfen, als deren Anliegen zu prüfen und ggf. zu unterstützen.

Obwohl die, die das Darmstädter Wort verabschiedet haben, mit ganz wenigen Ausnahmen vor dem Krieg deutsch-national gestimmt waren, konservativ, vielleicht republikanisch, aber kaum sozial-demokratisch, gar sozialistisch oder kommunistisch, mahnen sie, das Anliegen der marxistischen Lehre nicht zu verkennen und zu ihrem eigenen zu machen: Gerechtigkeit in *dieser* Welt.

Wir müssen das heute als Kirche immer noch mühsam durchbuchstabieren und werden dabei Koalitionen auf Zeit eingehen, die uns vielleicht auch Bauchweh machen. Da werden wir uns mit Kommunisten, Atheisten, ganz Wertkonservativen, manchmal sogar Nationalisten in einer Reihe wieder finden. Das ist nicht immer schön. Aber schlimmer wäre es, auch nur den Hauch eines Zweifels daran zu lassen, dass es unserem Gott um die *diese* Welt zu tun ist oder den Eindruck zu erwecken, als stöhlen sich die Christen aus der Verantwortung, indem sie aus dem Jammertal in ein seliges Jenseits fliehen.

c. Nur wer Schuld bekennt, kann frei werden
Ein letztes.
Das Darmstädter Wort ist auch darin wegweisend und in der Ökumene besonders wirksam geworden, dass es ein *Schuldbekenntnis* ohne „Wenn“ und „Aber“ ist. Das hat ihm viel Kritik und Unverständnis eingebracht. Mancher Deutscher, der sich selber als Opfer des Nationalsozialismus sah – und es wirklich war! – wollte und konnte dieses Wort nicht mitsprechen.
Aber konnten viele derer, die das Wort verfassten, vielleicht M.Niemöller voran, nicht das gleiche sagen: „Wir waren doch noch relativ die Besten und sind selber Opfer“?
Das Darmstädter Wort ist ein Schuldbekenntnis, das *eigene* Schuld bekennt.
Es versteht sich aber auch *repräsentativ* und lädt dazu ein, sich mit ihm zu *identifizieren*, also mit einzutreten in das Bekennen der Schuld. Das tut die Erklärung selber, in dem sie sich mit der Schuld der Väter identifiziert, die gar nicht die eigene war. Und das Darmstädter Wort übernimmt *stellvertretend* Schuld, in dem es sie als Schuld bekennt und damit aufhebt, damit sie der Zukunft nicht mehr im Wege ist.

Wie gehen wir heute mit unserer Schuld um – als einzelne, als Kirche, als Volk?
Besteht unser Umgang mit Schuld darin, dass wir uns von ihr distanzieren, sie totschweigen?
Können wir als Christen, wozu Christus uns durch seine Stellvertretung befreit hat – nämlich stellvertretend Schuld bekennen und übernehmen?
Schuld frisst Zukunft und Leben. Unausgesprochene Schuld nagt im Verborgenen. Wie sagt Jesus: „Die Wahrheit wird euch frei machen!“
Wie steht es mit unserer Schuld im Kontext des Nord-Süd-Konfliktes und der Globalisierung?
Mit unserer Schuld im Blick auf die sozialen Zerwürfnisse in unserer Gesellschaft?
Mit unserer Schuld als reformierte Gemeinde und Teil der Kirche in der Zeit des Nationalsozialismus in Ronsdorf?

Es beeindruckt mich sehr, dass gerade die, die von sich sagen könnten: „Ich nicht“ oder zumindest „ich nicht so wie manch anderer“ die Freiheit hatten, zum

Bekennen von Schuld und damit zur Bedingung der Möglichkeit von Vergebung und Versöhnung.
Auch hier ist das Darmstädter Wort eine bleibende und wertvolle Mahnung an uns als Kirche und als Christen und für unser Land.